

Bezirksregierung Düsseldorf
Frau Regierungspräsidentin
Anne Lütkes
Cecilienallee 2
40474 Düsseldorf

Der Bürgermeister

Dezernat II

Am Rathaus 2

Auskunft erteilt:		Zimmer:
Herr Dr. Müllmann		328
Mein Zeichen:	1. Beig.	
Telefon / Fax:	02842 912-278 /-477	
	christoph.muellmann@kamp-lintfort.de	

Sprechzeiten:	
montags bis freitags:	08:00 Uhr bis 12:00 Uhr
dienstags:	14:00 Uhr bis 16:00 Uhr
donnerstags:	14:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Busverbindung:	NIAG, Linie 1,32, 911 SB 30 und andere
Haltestelle:	Neues Rathaus

Kamp-Lintfort, den 19. April 2012

Sonderabfalldeponie Eyller Berg

Veröffentlichung von Daten über die Vermessung der Deponie

Sehr geehrte Frau Lütkes,

das Thema „Sonderabfalldeponie Eyller Berg“ beschäftigt die Bürgerinnen und Bürger in Kamp-Lintfort und der Region, die Standortkommunen und natürlich auch Sie als Genehmigungsbehörde seit Jahren. Zuletzt hatten Sie bei einem Behördengespräch in Ihrem Hause am 18.11.2011 den Versuch unternommen, eine umfassende Lösung für die vielen noch offenen Probleme zu finden.

Als ein wichtiges Instrument zur Lösung der Probleme wurde in dem Gespräch das Mediationsverfahren vor dem OVG Münster angesehen. Die Städte Kamp-Lintfort und Neukirchen-Vluyn hatten dabei im Namen ihrer Bürgerinnen und Bürger als ein Hauptziel benannt, für alle noch nicht rekultivierten Bereiche eine Anpassung an die sogenannte 69-er Höhenlinie zu erreichen. Dem haben Sie sich gemeinsam mit den anderen Fachbehörden angeschlossen.

Zwingende Vorbedingung für weitere Gespräche in der Mediation war nach übereinstimmender Meinung aller Anwesenden deshalb eine aktuelle Vermessung der Deponie durch die EBA. Nur so konnte bzw. kann geklärt werden, in welchem Bereich und in welchem Umfang die 69-er Höhenlinie schon überschritten ist und deshalb Abfälle in andere, noch nicht verfüllte Deponiebereiche umzulagern sind. Einige Zeit später teilte Ihre Behörde dann mit, dass –absprachegemäß- im Mediationsverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster vereinbart worden sei, dass die EBA die Vermessung bis Ende März 2012 vornimmt.

Nachdem Ende März noch keine Ergebnisse vorlagen, fragten meine Mitarbeiter in Ihrem Hause nach. Dort wurde ihnen durch Ihre Mitarbeiter/innen erklärt, aufgrund der im Mediationsverfahren vereinbarten Vertraulichkeit könne weder mitgeteilt werden, ob eine Vermessung stattgefunden habe, noch, wenn ja, mit welchem Ergebnis.

Diese Aussage hat bei sämtlichen Beteiligten und Betroffenen in der Region für erhebliche Verwundung, ja Verärgerung gesorgt. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass für die weitere Zukunft der Deponie und der betroffenen Anwohner so wichtige Fakten wie die tatsächliche Verfüllhöhe nicht öffentlich gemacht werden sollen, sondern im Mediationsverfahren hinter verschlossenen Türen verhandelt werden.

In Abstimmung mit der Nachbarstadt Neukirchen-Vluyn, Vertretern der örtlichen Politik und der Bürgerinitiative „Giftmülldeponier Eyler Berg e.V.“, namentlich deren Vorsitzendem Herrn Ulrich Blauert, kann ich Sie deshalb nur ernsthaft und nachdrücklich bitten, als Beteiligte des Mediationsverfahrens dafür zu sorgen, dass sämtliche Daten zur Vermessung der Deponie der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Ich bin mir sicher, dass eine Behörde, die genauso wie die betroffenen Städte dem öffentlichen Wohl verpflichtet ist, sich diesem Anliegen nicht verschließen kann.

Neben der Veröffentlichung der Vermessungsdaten habe ich gemeinsam mit der Nachbarstadt Neukirchen-Vluyn und der Bürgerinitiative noch ein weiteres Anliegen: Im Behördentermin im November 2011 ist angesprochen worden, dass eine Mediation nur erfolgreich sein kann, wenn diese auch die Städte Kamp-Lintfort und Neukirchen-Vluyn sowie den Kreis Wesel und den Landesbetrieb Wald und Holz einbezieht. Dies ist bisher nicht geschehen. Ich kann Sie daher ebenfalls nur nachdrücklich bitten, im nächsten Mediationstermin, der nach meiner Information am 26.04.2012 in Düsseldorf stattfinden wird, für eine Einbeziehung der genannten Städte und Behörden zu sorgen. Ich halte es darüber hinaus für sinnvoll und richtig, auch die o.g. Bürgerinitiative in das Verfahren einzubeziehen.

Mit freundlichem Gruß



Dr. Christoph Landscheidt

Bürgermeister